



Pressemitteilung der Gewerkschaft der Polizei vom 10.07.2008

## **GdP weist Vorschlag des Rechnungshofs zurück Hinweis auf Vertrag mit der Landesregierung**

Mit Erstaunen hat die Gewerkschaft der Polizei (GdP) den jüngsten „Querschläger“ des Rechnungshofs gegen die Polizei des Landes zur Kenntnis genommen. Dessen Vorschlag, dass sich die Polizeibeamtinnen und –beamten zukünftig mit 10 Prozent an ihren individuellen Krankheitskosten (mit einer Obergrenze) beteiligen sollen, ist das Papier nicht wert, auf dem er niedergeschrieben wurde.

„Wir wissen, dass die „Freie Heilfürsorge“ für die Polizeibeamtinnen und –beamten in Baden-Württemberg für das Land die billigere Lösung im Vergleich zur Beihilfe ist. Das haben Berechnungen des Finanzministeriums zur Beantwortung einer Großen Anfrage der CDU-Landtagsfraktion vor wenigen Jahren eindeutig ergeben. Das weiß auch der Rechnungshof“, erklärte der GdP-Landesvorsitzende, Josef Schneider, heute in Stuttgart.

Schneider: „Zurzeit sind wir jedoch ganz beruhigt, denn unter Juristen ist der Satz „pacta sunt servanda“ ein geläufiger Begriff. Übersetzt heißt das ganz einfach: „Verträge sind einzuhalten“. Die GdP hat im Verbund mit dem DGB-Bezirk Baden-Württemberg eine Vereinbarung mit der Landesregierung getroffen, die von Herrn Ministerpräsident Oettinger unterschrieben wurde. Darin wurde auch vereinbart, dass die Landesregierung im Laufe dieser Legislaturperiode keine Einschränkungen bei der Heilfürsorge vornehmen wird. Der DGB hat im Gegensatz zu anderen – auch nach der Änderung der Haushaltslage – keine Nachforderungen an die Landesregierung gestellt, weil wir uns an Verträge halten. Das – und sonst nichts – erwarten wir jetzt auch von unserer Landesregierung. Wir sind sicher, dass Herr Ministerpräsident Oettinger dies genauso sehen wird. Dann ist diese Diskussion für den Rest dieser Legislaturperiode beendet!“

**Herausgeber:**  
**Gewerkschaft der Polizei**  
**Landesbezirk Baden-Württemberg**  
**Maybachstr. 2**  
**71735 Eberdingen-Hochdorf**  
**Rufnummer für Rückfragen:**  
**Josef Schneider, Landesvorsitzender, Tel.0171/4669911**